



Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Adressen: Dr. 55 bei der Oberamtskanzlei Reichenberg, Reichenberg, Wildbad. — Postamt: Enztalbote & Co., Wildbad. — Postfach: 20174. — Postfachamt: 20174. — Postfachamt: 20174.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 26. Telefon 174. — Wohnung: Bismarckstraße 68.

Nummer 218

Februar 179

Dienstag, den 17. September 1929

Februar 179

64. Jahrgang.

Die neue Außenpolitik Englands

Mac Donald hat in vorigen Woche eine Unterredung mit dem Hauptschriftleiter des „Petit Parisien“ gehabt, in der er eine bemerkenswerte Entwicklung in seiner politischen Einstellung seit seiner ersten Regierungszeit vor fünf Jahren beendete. Auch damals ist Mac Donald Pazifist gewesen. Aber er begann seine Amtstätigkeit mit einem Brief an den französischen Ministerpräsidenten, worin er ein Treubekenntnis zur Entente ablegte, und er hat dieses Bekenntnis durch die Tat bestätigt, indem er stets, wie z. B. beim Genfer Protokoll, die englisch-französische Front gegenüber Deutschland aufrechterhielt. Er fühlte sich seinem Pazifismus zum Trotz zu dieser Einstellung gezwungen, weil das englische Volk selbst noch zu sehr im Bann der Kriegserinnerungen stand, um für eine wirkliche Lösung der Entente reif zu sein.

Inzwischen ist freilich zweierlei geschehen: die Zeit Chamberlains hat zunächst die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gebracht, und dann fühlte das englische Volk, daß die Aufrechterhaltung eines Sonderverhältnisses zu Frankreich, das seine Spitze nach wie vor gegen Deutschland richte, nicht mit den angeblichen Zwecken des Völkerbunds, ganz sicher aber nicht mit den Verträgen von Locarno, die auch einen militärischen Schutz Deutschlands gegen Frankreich durch Großbritannien vorsahen, in Einklang zu bringen sei. Das englische Volk mußte nun aber, man kann ruhig sagen zu seiner Verblüffung wahrnehmen, daß die Politik Chamberlains nicht die Folgerungen aus seinem eigenen Werk zog, sondern bald nach Locarno das Steuer herumwarf und sich noch enger als bisher an Frankreich anschloß, Deutschland dagegen die kalte Schulter zeigte. Der Grund zu dieser Schwankung war allerdings nicht schwer zu entdecken: Der Versuch einer englisch-amerikanischen Verständigung in Genf hatte mit einem vollen Mißerfolg geendet, und Frankreich hatte auf handelspolitischem Gebiet die Reue gezeigt, sich unmittelsbar mit Deutschland zu verständigen. Chamberlain sah das Gespenst einer neuen Vereinzelung Großbritanniens drohend am politischen Horizont aufsteigen und warb daher, um ein von ihm selbst gebrauchtes Bild anzuwenden, um die Gunst Frankreichs, wie ein Freier um die der Geliebten wirbt.

Aber nun zeigte sich, daß er das englische Volk bei dieser Politik nicht mehr hinter sich hatte. Es wollte die Verständigung mit Amerika, und es empfand das Hinterherlaufen hinter Frankreich als unwürdig und beschämend. Als bekannt wurde, daß die Politik Chamberlains bis zu einem geheimen englisch-französischen Marineabkommen geführt hatte, das seine Spitze gegen Amerika und (in der Frage der ausgebildeten Reserven) gegen Deutschland richtete, da erhob sich ein solcher Sturm des öffentlichen Unwillens, daß die Regierung das Abkommen preisgeben mußte und Baldwin sich genötigt sah, auch einmal ein paar freundliche Worte an die deutsche Adresse zu richten. Aber das englische Volk hatte von der Richtung Chamberlains genug, und wenn die Wahlen zu einem Sieg der Arbeiterpartei geführt haben in einem Umfang, wie es die Partei selbst nicht erwartet hatte, so ist der Grund hierfür sicherlich nicht der Wunsch des englischen Volkes nach sozialistischen Experimenten, sondern wesentlich sein Verlangen nach einer neuen Außenpolitik gewesen.

Man versteht jetzt, warum Mac Donald, als er wieder die Fäden der Regierung übernahm, kein neues Treubekenntnis zu Frankreich abzulegen brauchte, warum er endlich als Grundsatz der englischen Politik den Willen verkünden konnte, die logischen Folgen aus den Verträgen von Locarno und dem inzwischen neu hinzugelassenen Kellogg-Batt zu ziehen. Er steht an der Schwelle der Einigung mit Amerika und darf es daraufhin wagen, die enge Verbundenheit mit Frankreich, welche die ganze Nachkriegszeit bisher wie ein Alpdrück beherrscht hat, durch ein freies, freundliches und barockes Verhältnis zu ersetzen, dem kein Stachel gegen Deutschland mehr innewohnt. Es sollte nicht nötig sein, darauf hinzuweisen, daß mithin auch von einer Einstellung der englischen Politik gegen Frankreich keine Rede sein kann. Mac Donald könnte nicht stärker mißverstanden werden. Er lebt in der Unterredung die ganze Methode der Bündnisse ab, von denen die Entente ein sehr realer Ausdruck war, und erstrebt statt dessen die Ausbildung eines Familiengefühls der Staaten, in dessen Bewußtsein sie zusammenarbeiten sollen zum gemeinsamen Wohl. Er hat dabei die Mehrheit des englischen Volks bis tief in die konservativen Reihen hinein hinter sich. Aber er wird diese Mehrheit nur behalten, solange er nicht lebenswichtige englische Interessen preisgibt. Mac Donald ist bei allem Pazifismus Realpolitiker genug, um sich dieser Grenze bewußt zu bleiben.

Vom Völkerbund

Ein überraschender Antrag zur Reparationsbank — Genf, 16. Sept. Die polnische, dänische und norwegische Abordnung zum Völkerbund haben den Antrag eingebracht,

Tagespiegel

Der würff. Staatspräsident Dr. Boly wird dem während seines Mergenthaler Kuraufenthaltes schwererkranken und jetzt in Bühler Höhe zur Erholung weilenden Reichskanzler Müller am Dienstag einen Besuch abstatten.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der deutschen Industrie haben bei der Reichsregierung telegraphisch gegen das Kompromiß mit der preussischen Regierung Einspruch erhoben. Die notwendige Verringerung des Arbeitslosengeldes könne und müsse ohne jede Beitragserhöhung nach den von den Arbeitgebern gemachten Vorschlägen unter Abstellung der Mißbräuche durchgeführt werden.

In der Bomben-Angelegenheit sind verschiedene weitere Verhaftete wieder in Freiheit gesetzt worden, darunter der Goldarbeiter Böhm in Ithoe, der vermeintlich die „Höllenschiffen“ hergestellt haben sollte.

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion in Mecklenburg hat an das mecklenburg-schwerinsche Staatsministerium eine Anfrage gerichtet, in der sie dagegen Einspruch erhebt, daß seit Wochen in Schwerin, Ludwigslust und vor allem in Parchin sich dauernd preussische Kriminalbeamte aufhalten, die insbesondere die Mitglieder der Partei zu überwachen scheinen.

Daß die geplante Internationale Bank für die deutschen Reparationszahlungen mit dem Völkerbund in Verbindung gebracht werde in einer Form, die dem Weltinteresse Rechnung trage. Der Generalsekretär Drummond (Engländer) ist mit dem Antrag einverstanden. — Der Zweck des Antrags, der für die deutsche Abordnung sehr überraschend gekommen ist, bezweckt offenbar, Polen einen Einfluß auf die Reparationsbank zu verschaffen, nachdem seine hierauf gerichteten Bemühungen im Haag zu seiner großen Verärgerung vergeblich geblieben waren.

Beschlagnahmen

Die Franzosen und ihre Gefolgsleute haben ihr „Wochenende“ in schlechter Laune angetreten. Zunächst hat der italienische Antrag über eine Verringerung des Artikels 19 der Völkerbundscharta, wonach unausführbare Verträge abgeändert oder aufgehoben werden können, stark verstimmt. Sodann hat man sich von der peinlichen Ueberreichung der englischen Erklärung nicht erholt, daß England jetzt die ausgebildeten Reserven und die Kriegserüstungen nicht von der Rüstungsbeschränkung und der Angelegenheit nicht mehr ausgenommen wissen wollte. Endlich hat noch eine Erklärung des italienischen Vertreters Scialoja am Samstag Aufsehen gemacht, daß die Mandatsverteilung des Völkerbunds nicht die Zuteilung von neuen dauernden Kolonien an die betreffenden Staaten bezweckt habe; die Mandate seien nur Verwaltungsbeauftragungen auf eine gewisse Zeit. Die „Tribune de Lausanne“, die sich ganz in französischen Dienst stellt, schreibt: Wenn diesen Anträgen und Anregungen stattgegeben würde, wäre der Aufhebung der Friedensverträge und der Neuverteilung der Mandate Tür und Tor geöffnet.

Der englische Abrüstungsantrag

Nach dem jetzt vorliegenden englischen Entschließungsantrag soll der Abrüstungsausschuß der Völkerbundsversammlung, in dem im Gegensatz zum Vorbereitungsauusschuß sämtliche Völkerbundsstaaten vertreten sind, zu folgenden vier Punkten Stellung nehmen: 1. Anwendung der gleichen Grundsätze für die Herabsetzung und Beschränkung der Effektivstärke und des Materials der Land-, Luft- und Seestreitkräfte; 2. Beschränkung der Stärke der Truppeneinheit entweder der Zahl oder der Ausbildungszeit nach oder nach beiden Seiten; 3. Beschränkung des Materials entweder durch listenmäßige Aufzählung oder durch Beschränkung des Erlases oder durch beides; 4. Anerkennung einer internationalen Autorität zur Ueberwachung und Berichterstattung über die Durchführung der Abrüstungskonvention.

Der Entschließungsantrag spricht die Ueberzeugung aus, daß eine fortschreitende und allgemeine Herabsetzung der Rüstungen in der ganzen Welt dringend verlangt wird, und er erwartet, daß der vorbereitende Ausschuß für die Abrüstungskonferenz seine Arbeiten zum frühestmöglichen Zeitpunkt abschließen. Bei der Aufstellung des Entwurfs für das Abrüstungsabkommen müsse in Ermägung gezogen werden, inwieweit die erwähnten vier Hauptgrundsätze angenommen wurden oder angenommen werden sollten.

Von Seiten Frankreichs und seiner Gefolgsleute war versucht worden, den englischen Antrag dadurch unerschütterlich zu machen, daß man das Arbeitsprogramm des Abrüstungsausschusses zu einschränkte, daß für die Beratung des Antrags kein Raum mehr übrig sein sollte.

Flucht aus dem Reformationsjaal

Auf eine Anregung Dr. Stresemanns hat der Haushaltsausschuß des Völkerbunds 50 000 Schweizer Franken bewilligt für die Ausgestaltung oder den Bau eines andern Saals für die Versammlung, damit man aus dem Reformationsjaal, dessen Hörverhältnisse nicht günstig sind, herauskomme.

Was im besetzten Gebiet noch beschlagnahmt ist

Von den Besetzungsbehörden sind zurzeit noch an Gebäuden, die von der Reichsvermögensverwaltung für die Besetzung neu erbaut oder die sonst Eigentum des Reichs oder der Länder sind, ferner an Privathäusern und Einzelwohnungen in nichtbeschlagnahmten Häusern im Besitz der fremden Behörden:

1. in der zweiten Zone (Koblenz, Düren, Aachen): 1597 Gebäude, 526 ganze Privathäuser und 638 Einzelwohnungen;
2. in der dritten Zone (Pfalz, Hessen-Rhess, südliche Rheinprovinz): 3300 Gebäude, 2948 Häuser und 1624 Wohnungen, zusammen 4897 Gebäude, 3474 Häuser und 2262 Einzelwohnungen.

Ferner sind ganz oder teilweise beschlagnahmt 15 Kirchen, 31 Schulen, 3 Kinos, 17 Fabriken, 10 Turn- und Fechtbahnen, 95 Ställe, Schuppen und Garagen. Von den militärischen Liegenschaften sind in der zweiten und dritten Besetzungzone 384 Baulichkeiten ganz und 36 Baulichkeiten teilweise beschlagnahmt. Es handelt sich um Kasernen und sonstige militärische Bauten wie Geschäftszimmer, Wirtschaftsgebäude, Kommandanturen, Prokuraantämter, Lazarette, Fortifikationen, Offizierskasinos, Wagenhäuser, Depots und dergleichen. Geländebeslagnahmen: Die Größe der mit wenigen Ausnahmen beschlagnahmten reichseigenen Flächen wie Übungs-, Exerzier-, Schießplätze, Reitbahnen, Flugplätze, Sportplätze, Spielplätze usw. in der zweiten und dritten Besetzungzone beträgt etwa 2400 Hektar. Von der Besetzung sind zu gleichen Zwecken noch beschlagnahmt etwa 3700 Hektar Gelände der Länder und Gemeinden sowie von Privaten. An den von den Eigentümern bewirtschafteten Geländeflächen sind von der Besetzung zeitweise als Schießplätze, Sperrgelände usw. in Anspruch genommen etwa 11 800 Hektar Gelände der Gemeinden und Privaten.

Das Wettrennen der Großstädte

Die Mehrheit des preussischen Landtags hat vor kurzem einen Regierungsentwurf angenommen, nach dem in Preußen in größtmöglicher Weise Großstädte geschaffen und bereits bestehende Großstädte durch Eingemeindungen noch bedeutend vergrößert werden. Die meisten der von der Zwangseingemeindung betroffenen Städte und Dörfer haben dagegen Einspruch erhoben, sie dürften jedoch wenig Erfolg haben. Durch das neue preussische Gesetz ist die Zahl der deutschen Großstädte von 46 auf 50 gestiegen, gleichzeitig ist die Reihenfolge der deutschen Großstädte nicht unwesentlich verschoben worden. Während z. B. bei der letzten Volkszählung 1925 im westdeutschen Industriegebiet keine Stadt mehr als eine halbe Million Einwohner aufwies, gibt es jetzt — bei Zugrundelegung der Bevölkerungszahlen von 1925, die jetzt beträchtlich zu erhöhen wären — deren zwei, nämlich Essen (632 943) und Dortmund (524 197). Im ganzen sind in Rheinland-Westfalen durch die neuen Städtebildungen aus 13 größeren Städten mit rund 2 878 000 Einwohnern 14 Großstädte mit rund 4 143 000 Einwohnern — immer die Ziffern von 1925 zugrunde gelegt — geworden. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung des Industriegebiets gehören nunmehr zu großstädtischen Gemeinwesen. Die gesamten 50 deutschen Großstädte hatten 1925 18,6 Millionen Einwohner, das sind nicht weniger als 29,5 Proz. der ganzen Bevölkerung. — Neuzuständig-amerikanisch mag diese Entwicklung sein, gesund und erfreulich ist sie nicht.

Neue Nachrichten

Das Münchener Eisenbahnglück vom Juli 1928 vor Gericht

München, 16. Sept. Vor dem Erweiterten Strafgericht München begann heute die Verhandlung wegen des Eisenbahnglücks am 15. Juli 1928 in München zwischen der Haefel- und Donnersberger-Brücke, bei dem 11 Reisende den Tod fanden und 41 zum Teil schwer verletzt wurden. Angeklagt sind insgesamt 6 Eisenbahnbeamte. Einer der angeklagten Eisenbahnbeamten ist in der Zwischenzeit gestorben.

Dritter deutscher Bismarck-Tag in München

München, 16. Sept. Der dritte deutsche Bismarcktag fand, von prächtigem Wetter begünstigt, am Sonntag mit

